

## **Rede zum Auftakt des Kommunalwahlkampfes von *AUF Witten* am 8. August 2009**

Witten braucht eine neue Perspektive. Die bisherige Politik kann sie nicht bieten, das steht fest.

Von der SPD bis zur CDU werden die Augen vor den erst noch kommenden Folgen der Weltwirtschaftskrise verschlossen.

Ist das Ignoranz, ist das Unvermögen, ist das Hilflosigkeit oder ist das gar bewusstes Verhalten?

Die Phrasen auf den Wahlplakaten lassen viele Deutungen zu. Wahrscheinlich ist es von allem etwas.

Allerdings kennen die Leute die Politik dieser Parteien.

Und so muss die Losung der SPD „Witten bewegen“ doch eher wie eine Drohung überkommen als wie ein Versprechen. Was dabei herauskommt, wenn die SPD „was bewegt“, das zeigen die Hartz-Gesetze und der Zustand der Stadt.

Die Grünen haben sich als bloße Stütze der SPD in Witten positioniert. Dafür verzichten sie sogar auf einen eigenen Bürgermeisterkandidaten. Sie wollen, dass es so weiter geht wie bisher.

Die CDU will den Wechsel, doch wohin? Zusammen mit der WBG und der FDP hoffen sie auf den Wechselwillen in der Stadt. Eine andere Politik haben sie jedenfalls nicht zu bieten.

Dass diese Parteien eine andere Politik machen, das kann nur der behaupten, der im Abbau von noch mehr Arbeitsplätzen als durch die SPD schon eine andere Politik erkennt.

Aus anderen Städten wissen wir zudem, dass der Wechsel von der SPD zur CDU nur ein Wechsel zwischen rotem und schwarzem Filz ist.

Die Linken haben wichtige Forderungen, doch was sind diese Positionen in der Praxis wert? Auf der Montagsdemonstration in Witten, wo seit 5 Jahren jede Woche die Politik gegen die Menschen angeprangert wird, sind sie nicht zu sehen.

Wo ist also die Praxis, die zu diesen Forderungen passen würde?

Was kommt nun auf Witten zu:

Schon im laufenden Jahr 2009 wird die Stadt mindesten 10 Millionen € weniger Steuereinnahmen haben.

Der Fehlbedarf im Haushalt wird auf mindestens 50 Millionen steigen.

Die ganze Wucht der Weltwirtschaftskrise wird zudem erst 2010 über Witten hereinbrechen.

Drei Gründe sind dafür direkt verantwortlich:

Erstens:

Betrachtet man die hier in Witten tätigen Industriebetriebe und deren Produktionseinbrüche, dann muss mindestens von einer Halbierung der Gewerbesteuererinnahmen ausgegangen werden.

Es können auch 80% werden, die weniger als 2009 eingenommen werden.

Die Einbrüche in der Einkommenssteuer werden entsprechend sein.

Zweitens:

Noch wirkt die Kurzarbeit, auch in den großen Betrieben in Witten, wie eine Staumauer. Aber die Flut der Massenarbeitslosigkeit ist damit nicht aufzuhalten.

Mit dem Anstieg der Massenarbeitslosigkeit ab Herbst und im Frühjahr 2010 werden die Sozialausgaben der Stadt regelrecht explodieren.

Drittens:

Eine Änderung der bisherigen Politik soll es dagegen nicht geben. An der Umverteilung von kommunalen Geldern wird festgehalten.

Dass wir es in den letzten Jahren mit Umverteilung zu tun haben ist an einer einfachen Tatsache zu erkennen.

Auf der einen Seite werden Schulen geschlossen, Arbeitsplätze in der Stadt vernichtet, Jugendhäuser geschlossen und soziale Leistungen abgebaut, aber am Kapitaldienst für die Banken wird kein Cent gespart.

Die sogenannten leeren Kassen liefern doch scheinbar das unschlagbare Argument dafür, dass Leistungen abzubauen seien und Gebühren zu erhöhen sind.

Das Geld, dass so „gespart“ wurde, ging denn auch vollständig als Kapitaldienstleistung an die Banken. Kein Cent davon ist in Witten geblieben.

Mit den Milliarden Euro, die aktuell wieder in die Banken gepumpt wurden, werden die Spekulationsverluste praktisch vergesellschaftet.

Die Refinanzierung dieser Verlustübernahme besteht darin, im verstärkten Maße die kommunalen Einnahmen dafür einzusetzen.

AUF Witten fordert dagegen, dass die Stadt Witten die Zinszahlungen von ca. 12 Millionen Euro pro Jahr an die Banken solange einstellt, bis die Stadt saniert ist.

Ein solches Zinsmoratorium ist machbar, nur verlangt das den politischen Willen, sich gegen das Diktat der Banken aufzulehnen.

Wer sagt, dass eine solche Unterbrechung nicht geht, weil es dann keine Kredite mehr gebe, der übersieht Folgendes:

Die Kommunen haben bezahlt, die Banken aber Milliarden in der Spekulation verbrannt.

Die staatliche Europäische Zentralbank leiht den Geschäftsbanken Geld, für dieses Geld brauchen die Geschäftsbanken so gut wie keine Zinsen zu bezahlen.

Den Banken ist also ein Zinsmoratorium eingerichtet worden, um es ihnen zu erleichtern ihre Verluste auszugleichen.

Deren Vorstände und Aktionäre interessiert ohnehin nur die Höhe ihrer Profite, in den Kommunen aber geht es um echte Lebensfragen.

Nach politischem Mut, neuen Wegen und echten Alternativen sucht man in den Wahlprogrammen der anderen, die zum Stadtrat in Witten kandidieren, allerdings vergebens.

Hier herrscht nur Tristes ihrer gescheiterten Politik vor, die uns nur im neuen Gewande verkauft werden soll.

Unterm Strich fordern alle, bis auf die Linke:

Massive Einschränkungen bei sozialen und kulturellen Leistungen, Abbau von Stellen bei Kindergärten und Reinigungskräften, wie im Bereich der einfachen Tätigkeiten in der Verwaltung, usw.

Und vor allem die weitere Privatisierung kommunaler Einrichtungen. Man kann sagen, alles was für „private Investoren“ lukrativ sein kann, soll ausgegliedert werden.

Die kommunalen Finanzen sind auf den Hund gekommen - und jetzt wollen ausgerechnet die Politiker, die den Ausverkauf der kommunalen Finanzen zu verantworten haben, alles besser machen?

Wer soll das glauben.

In Baden-Württemberg z.B., wo die Kommunalwahlen schon drei Monate zurückliegen, erleben die Wähler denn auch folgendes Schauspiel nach der Wahl:

Erster Akt „Überraschung“:

Auf einmal entdecken die „Wahlsieger“ riesige Löcher in den Stadtkassen. „Wovon man vorher nichts wissen konnte“ – wie sie sagen - heißt dann auch, dass man für die Aussagen im Wahlkampf nicht verantwortlich gemacht werden kann.

Zweiter Akt „Sparen“:

Kommunalpolitik findet nicht mehr statt. Die ganze Politik besteht nur noch in drei Wörtern: Streichen, streichen und nochmals streichen.

Dass entspricht auch den politischen Vorgaben aus Berlin, die besagen, dass die Kommunen nur noch die absolut notwendigen Pflichtaufgaben zu erfüllen haben.

Diese Kommunalpolitik ist ein einziger Offenbarungseid.

Aber die Alternativen zu dieser perspektivlosen Mangelverwaltung gibt es auch in Witten.

Der Wirtschaftsexperte für kommunale Haushalte, Martin Junkernheinrich von der TU Kaiserslautern, rechnete für die Kommunen in Nordrhein-Westfalen aus, dass 10 Milliarden Euro vom Bund reichen würde um die Städte wieder handlungsfähig zu machen.

Andernfalls, so seine Prognose, werde die Verschuldung um mindestens 2000 Jahre festgeschrieben.

Insgesamt könnten mit ca. 200 Milliarden € die kommunalen Finanzen saniert werden.

Das ist eigentlich eine bescheidene Summe für die Sanierung von Tausenden von Städten in Deutschland, wenn das in Beziehung zu den 110 Milliarden gesetzt wird, die allein die Bank mit dem Namen Hypo-Real-Estate erhalten hat.

Von den Milliarden, die in den staatlichen Landesbanken versickert sind, erst gar nicht zu reden.

Die offensichtliche Ungerechtigkeit, die in dieser immer weiter betriebenen Umverteilung von unten nach oben erscheint, hat seine Ursachen darin, dass in dieser unserer Gesellschaft und damit auch in der Kommunalpolitik alles der Profitmaximierung untergeordnet wird.

Kommunalpolitik, die auf Selbstverantwortung ausgerichtet sein will, kann es nur geben, wenn die Unterordnung der kommunalen Finanzen unter diese politischen Vorgaben kompromisslos in Frage gestellt wird.

AUF Witten ist ein überparteiliches Personenwahlbündnis, das für eine radikale Wende in der Kommunalpolitik steht.

In AUF Witten kommen engagierte Menschen zusammen, die in der Kommunalpolitik für die Interessen der Bevölkerung und besonders der Jugend eintreten, die vor allem nicht mehr bereit sind einer Politik zu folgen, die auf eine kapitalkräftige sehr kleine Minderheit ausgerichtet ist.

Kommunale Selbstverwaltung findet vor Ort statt, da wo die Menschen für ihre Interessen kämpfen, wo es um die Lösung von großen und kleinen Problemen mit den Leuten geht.

So ist AUF Witten auch Mitinitiator der Montagsdemo in Witten.

Gegen die Politik der entwürdigenden Hartz Gesetze, der Rentenkürzung, müssen wir alle lernen uns zu wehren.

Mit Stolz können wir am 10.08.09 das 5jährige Jubiläum der Bürgerbewegung Montagsdemo feiern.

AUF Witten arbeitet auch in einem Netzwerk mit anderen Bündnissen im Bundesgebiet mit ähnlicher Stoßrichtung zusammen.

Das bündelt die alternativen und unabhängigen Kräfte und verbreitet fortschrittliche Ideen über die jeweilige Stadt hinaus, das verstärkt das politische Gewicht dieser neuen Bewegung.

Veränderungen fangen eben immer unten und im Kleinen an, seien Sie dabei!

Unsere alternativen, unabhängigen und fortschrittlichen Position für Witten sind:

Durchsetzung des Zinsmoratoriums, um jährlich 12 Millionen Euro für die Sanierung der Stadt frei zu bekommen.

Der Mensch muss in den Mittelpunkt und nicht die Investoren, wie das bei den Rathausparteien die Regel ist.

Wir brauchen keine Prestigebauten. Was für Folgen die Stadtgalerie für die anderen Geschäfte in der Innenstadt hat, ist noch nicht abzusehen.

Wirtschaftsförderung kann anders aussehen.

Die Einrichtung und Ausbau eines städtischen Bauhofs, um Reparaturen, Aufbauten und Pflege der städtischen Einrichtungen durchzuführen, wird dauerhaft Arbeitsplätze schaffen.

Für unsere Kinder fordern wir eine kostenlose und qualifizierte Ganztagsbetreuung.

Die Schließung der Grundschule in Durchholz richtete sich gegen dieses Konzept.

AUF Witten ist kompromisslos für den Erhalt der Grundschule in Durchholz eingetreten.

Die Einrichtung der sogenannten „Offenen Ganztagschulen“ wurde zwar als fortschrittlich angepriesen. In Wirklichkeit diente sie aber auch der Kürzung von Geldern im Jugendbereich. Denn dafür wurden die bisherigen Schülerhorte geschlossen. Qualifizierte Erzieherinnen wurden vielfach ersetzt durch Ein-Euro-Job-Kräfte oder durch ehrenamtlich tätige Eltern. Die finanzielle Eigenbeteiligung für die Eltern wurde erhöht und die Betreuungszeiten verkürzt.

Eine Ganztagsbetreuung kann, mit Blick auf die heute üblichen Arbeitszeiten, eigentlich nicht um 16:00 Uhr enden.

Fest steht, dass wir in der Realität immer noch eine Schulpolitik haben, die für die Mehrzahl der Jugendlichen und die Kinder keine Chancengleichheit bietet.

Eine einigermaßen sichere berufliche Perspektive hat nur eine kleine Minderheit unserer Jugend.

Die Verwaltung selbst ist nicht bereit, eine 10% Ausbildungsquote zu verwirklichen.

Eine qualitativ bessere Erziehung für unsere Kinder gibt es nur mit Erzieherinnen und Erziehern, deren Arbeit gewürdigt wird.

Fortschrittliche Kinder- und Jugendbetreuung stärkt auch den Frauen den Rücken, die ohnehin viel um die Ohren haben und auf die immer mehr an Pflege und Vorsorge der Familie abgewälzt wird.

Wer dagegen in diffamierender Weise über den berechtigten Streik der Erzieherinnen herzieht und über die Kosten für die Stadt jammert, aber ohne Probleme 700.000 Euro für sinnlose Gutachten zum Verkauf der Stadtwerke ausgibt, dem sind doch mächtig die Perspektiven verrutscht.

Wer mehr Ordnungskräfte will, wie die CDU, um die Folgen einer verfehlten Politik ordnungs- und strafrechtlich beherrschbar zu machen, der signalisiert damit, dass er bereits jeden Anspruch auf Lebensalternativen aufgegeben hat.

Was die Sicherheit in der sozialen Lage betrifft, da gibt es keine Politik bei der CDU in Witten.

Die Wohnungspolitik ist ein weiteres Thema. Noch ist die Privatisierung der Wittener Siedlungsgesellschaft nicht geplant, aber nicht nur die CDU und die WBG arbeiten darauf hin.

Der Ausbau einer realen Gesundheitsvorsorge, z.B. mit wirksamer Verhinderung der Luftverschmutzung, kostenlosen sportlichen Einrichtungen, Suchtberatung, Säuglingsvorsorge und Elternhilfe ist auch Bestandteil unserer Zielsetzung.

Wir wollen in der Stadt menschenwürdig leben. Dazu gehört, dass alle hier lebenden Menschen gleichberechtigt sind.

Dafür aktiv einzutreten ist auch ganz praktisch ein Beitrag gegen den Hass der Neonazis gegen Menschen aus anderen Ländern.

Nicht nur das ist ein Grund dafür, dass immer mehr Menschen die Forderung nach Verbot aller faschistischen Organisationen und ihrer Propaganda richtig finden und dafür entsprechend eintreten.

In der Klimapolitik und der Energieversorgung verlangen wir in einem Antrag vom 27.03.08 die Einführung und Erprobung von zwei Kryo-Recycling Demonstrationsanlagen in Witten.

Die Umwandlung von Müll in Rohstoffe, die mit diesen Verfahren möglich ist, würde neue Arbeitsplätze und neue Einnahmen für die Stadt schaffen.

Am 04.04.2008 stellen wir den Antrag, die Errichtung und Betreibung einer IMK-Anlage (Integrierte Methanisierung und Kompostierung) zu prüfen.

Damit kann Strom erzeugt werden. Es wäre der erste Schritt zur Unabhängigkeit von den großen Energiekonzernen.

Und wir forderten zudem den Ausstieg aus der Mitfinanzierung des RWE Kohlekraftwerkes in Lünen.

Die Unterordnung unter RWE und E.on wurde dadurch sichtbar, dass unsere Anträge nicht mal zur Diskussion angenommen wurden.

Wir lehnen es in diesen Zusammenhang ab, dass immer mehr Entscheidungen in nicht öffentlichen Sitzungen fallen.

Während bei öffentlicher Beratung über die leere Kasse der Stadt geklagt wird, haben die

gleichen Fraktionen hinter verschlossener Tür keine Skrupel, Millionen für neue Kreditaufnahmen zu genehmigen, um damit Kohlekraftwerke und Gasspeicher von RWE und E.on zu finanzieren.

Uns stehen harte Kämpfe gegen die Umverteilung bevor.

Nicht nur die Erhöhung der Mehrwertsteuer oder die Reduzierung der Hartz IV Sätze um 30% liegt in den Schubladen, vor allem sollen die Kommunen genötigt werden, die Gebühren auf breiter Front zu erhöhen und Leistungen weiter abzubauen.

Wer diese Kommunalpolitik der Umverteilung nicht will, wer es ablehnt, sich am Krisenmanagement auf dem Rücken der Bevölkerung zu beteiligen und in der Politik von AUF Witten eine Alternative sieht, der sollte bei uns mitmachen und am 30. August unser überparteiliches Personenwahlbündnis in den Rat wählen.